

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

R. Dafflon u. Verwaltung: Drag II, Ref. Janfa 16 • Tel. 20703, 31400, Nachred. (ab 21 Uhr): 33555 • Postamt: 57544

13. Jahrgang.

Mittwoch, 17. Mai 1933

Nr. 115.

Das Korruptionsgeschrei auf übler Denunziation basiert!

Berlin, 16. Mai. (C. P. B.) Der Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg hat den Kommissaren, die er an einzelnen besonderen Stellen eingesetzt hat, unter sagt, ihre Untersuchungsergebnisse von sich aus der Presse bekanntzugeben. Insbesondere sind alle Mitteilungen über angebliche „Korruptionsfälle“ so lange anzuhalten, bis eine gerichtliche Klarstellung erfolgt ist.

Die Veranlassung zu dieser Maßnahme bildet die Beobachtung, daß manche in letzter Zeit erhobenen Anschuldigungen sich nicht nur als unbegründet erwiesen haben, sondern zum Teil auch auf übler Denunziation — insbesondere von früheren Angestellten — beruhen.

Mittelalter ...

Nicht minder verabscheuungswürdig ist die Art, wie die Nazis wehrlose politische Gegner, die nicht rechtzeitig geflüchtet sind, vor der Öffentlichkeit nach mittelalterlichen Prangermethoden diffamieren wollen.

Nach dem Fall Kuhn, den wir bereits wiederholt zitiert haben, wird nun ein ähnlicher Fall aus Karlsruhe gemeldet.

Dort wurde der frühere badische Innenminister Kemle, der ehemalige Staatsrat Marum und einige Angehörige der SPD, am Dienstag im Polizeiauto unter starker Bedeckung durch die Stadt nach dem Konzentrationslager Rißlau geführt. Auf dem Wege, der ausgerechnet auch am Landtagsgebäude vorbeiführt, hatten die Nazis ihre Leute postiert, die eine „erregte Volksmenge“ mimten und die Häftlinge nach allen Regeln der Kunst beschimpften.

„Schadenfreude und Rachegefühle.“

Bestätigte Greuelmeldungen.

Berlin, 15. Mai. Der Reichskommissar für die Wirtschaft und Leiter des Wirtschaftspolitischen Amtes der NSDAP Dr. Wagner hat an den Reichsjustizminister Gürtner ein Schreiben gerichtet, in dem er auf die Schäden aufmerksam macht, die durch die Inhaftnahme führender Männer der Wirtschaft wegen angeblicher Steuerdelikte für die Durchführung der Arbeitsbeschaffungsaktion entstehen können. In vielen Fällen handele es sich dabei nicht um den Ruf nach Gerechtigkeit, sondern um Schadenfreude und Rachegefühle einzelner.

Die brennendste Frage für die deutschen Arbeiter.

(D. G.) Nach der vollkommenen Faschisierung der deutschen Gewerkschaften ist für jeden klassenbewußten deutschen Arbeiter die Frage der weiteren Mitgliedschaft in den Gewerkschaften brennend geworden. Die Faschisten wollen die weitere Mitgliedschaft der freien Arbeiter in den Gewerkschaften erzwingen, und jeder der sich diesem Zwang nicht fügen will, hat mit Entlassung und persönlichen Repressalien zu rechnen. Die der Sache treu gebliebenen Arbeiter fragen: „Ist täglich, was sie tun sollen, ob sie es darauf ankommen lassen sollen, die Arbeitsstelle zu verlieren und sich dem Terror auszuliefern, oder ob sie bleiben und versuchen sollen, die Organisation und die ihr angehörenden Proleten im marxistischen Sinne zu beeindrucken. Die brennende Frage ist darum jetzt so schwierig zu beantworten, weil wegen der Anpassungsversuche der Gewerkschaftsführung keine organisatorischen Vorbereitungen und Aufnahmestellungen geschaffen wurden.

Das Versäumte muß so schnell wie möglich nachgeholt werden, verhindert muß jedoch werden, daß jetzt Einzelne individuelle Entscheidungen treffen. Es muß vielmehr schleunigst eine korporative Entscheidung herbeigeführt werden, und wenn das, was von den freien Gewerkschaften übrig blieb, dazu nicht mehr in der Lage ist, muß die Entscheidung auch ohne Rücksicht auf Kompetenzstreitigkeiten von den politischen Organisationen herbeigeführt, und den Arbeitern in Deutschland eine klare Parole gegeben werden. Die Internationale muß mithelfen, diese Entscheidung schleunigst herbeizuführen.

Weltappell Roosevelts zur Rettung der Abrüstungskonferenz

Für Macdonaldplan und neuen Nichtangriffspakt. Drohungen gegen Frieden störer.

Washington, 16. Mai. (Reuter.) Präsident Roosevelt hat in der vergangenen Nacht an die Staatsoberhäupter aller 44 an den Genfer und Londoner Konferenzen beteiligten Nationen einen dringenden Appell gesandt, um der Abrüstungs- und der Weltwirtschaftskonferenz zu einem Erfolg zu verhelfen.

In dieser Botschaft heißt es, die Welt könne nicht auf lang hingezogene Beratungen warten, sondern sie brauche anstelle des gegenwärtigen Chaos baldige Ordnung durch Stabilisierung der Währung, durch Aufstauung der Kanäle des Welthandels und durch internationale Schritte zur Behebung des Preisniveaus.

Auf der Abrüstungskonferenz müsse ein praktisches Resultat erzielt werden, das möglichst vielen Nationen den größten Nutzen bringe. Kleine Hindernisse müßten weggeräumt und kleinliche Ideen vergessen werden.

Die Gründe für Aufstauung seien trotz der bitteren Erfahrung des Weltkrieges erstens — wenn auch nur bei wenigen Nationen — der Wunsch, ihre Gebiete auf Kosten anderer Staaten zu vergrößern, zweitens die Furcht mancher Regierungen vor einem feindlichen Ueberfall auf ihr Land.

Die Nationen der Welt würden aber alle automatisch ein Gefühl der Sicherheit bekommen, wenn sie beschließen, der Abschaffung und Nichtbenutzung der Atomwaffen zustimmen. Das sei letzten Endes das endgültige Ziel der Abrüstungskonferenz. Das sofortige Ziel der Konferenz sei eine wesentliche Reduzierung dieser Angriffswaffen und die Abschaffung vieler anderer.

Drei Etappen, erklärt Roosevelt, liegen vor uns, den von allen Nationen zugestimmt werden sollte:

1. Sofortige Maßnahmen im Sinne des Macdonalds-Plans,
2. Die Einigung über die Zeit und die Methoden für die Ausführung der folgenden Schritte,

Auch Amerika in der antideutschen Front?

Beforgnisse um den europäischen Frieden.

Paris, 16. Mai. Zu den gestern stattgefundenen Verhandlungen zwischen dem amerikanischen außerordentlichen Botschafter Norman Davis und dem französischen Außenminister Paul Boncour erzählt das heutige „Le Journal“ u. a. folgendes:

Als sich das Gespräch der Abrüstungsfrage zuwandte, verhehlte Norman Davis nicht, daß die letzten Kundgebungen aus dem Deutschen Reich in den Vereinigten Staaten und in der britischen öffentlichen Meinung große Erregung und Befürchtungen hervorgerufen haben.

Das Blatt fügt hinzu, daß der französische Außenminister dem amerikanischen Delegierten bekräftigen konnte, daß Deutschland tatsächlich mit der Aufrüstung begonnen habe und daß es ganz öffentlich Waffen erzeugt, die ihm durch den Friedensvertrag untersagt wurden.

Deshalb erwogen Paul Boncour und Norman Davis über Sanktionen gegen Deutschland und vielleicht auch über die Möglichkeit eines gemeinsamen Protestes, der für Deutschland vorläufig eine ernste Warnung bedeuten würde.

Die Agence Havas meldet ferner aus Washington:

Die letzten Vorkommnisse in Deutschland interessieren und beunruhigen in lebhafter Weise die politischen Kreise Amerikas, welche der Ansicht sind, daß Europa soeben die ernsteste Krise seit dem Weltkrieg durchmacht. Sie befürchten, daß der Friede in Europa sehr ernstlich bedroht sein könnte, wenn Deutschland an seiner Forderung betreffs der Aufrüstung beharren würde, da Frankreich und Großbritannien in diesem Falle vor der Erneuerung des Militarismus in Deutschland nicht untätig bleiben könnten.

3. Eine Einigung darüber, daß während der ersten und der folgenden Schritte keine Nation ihre Rüstungen über die vertraglich festgelegten Grenzen erhöhen wird.

Gleichzeitig schlägt er einen vierten Punkt vor: Alle Nationen sollten einen feierlichen und formellen Nichtangriffspakt abschließen, nochmals feierlich ihre Verpflichtungen bekräftigen, die sie zur Begrenzung und Herabsetzung ihrer Rüstungen übernommen haben, und sich ferner unter Voraussetzung der loyalen Beachtung dieser Verpflichtungen durch alle Signatäre dazu verpflichten, keinerlei bewaffnete Truppen über ihre jeweiligen Grenzen zu schicken, alle „armistischen“ nationalistischen Forderungen zu vergessen und sich aufrichtig in dem Streben zur Sicherung des Friedens und zur Wiederbelebung der Wirtschaft zu vereinigen.

Der einfache Verstand und Sinn sage einem jeden, daß wenn irgend ein starker Staat es ablehnen würde, mit wahrhafter Aufrichtigkeit sich den in Genf und London wecks Erreichung des politischen und wirtschaftlichen Friedens fundierten Bestrebungen anzuschließen, der Fortschritt in ernster Weise bedroht und schließlich vollständig zum Stillstand gebracht werden könnte.

In diesem Falle werde die gesamte zivilisierte Welt, die nach der Erreichung dieser zwei Friedensarten strebt, wissen, wo die Verantwortung für den Mißerfolg zu suchen ist. Ich rate, erklärte Roosevelt, seinem Volke, eine solche Verantwortung auf sich zu nehmen!

Präsident Roosevelt hat diesem den ausländischen Regierungen übermittelten Appell dem Kongress mit einer Sonderbotschaft zugeleitet, in der er betont, daß Amerika bereit sei, alle Anaristwaffen auszugeben, wenn alle Nationen der Welt das gleiche täten.

Konferenzen bei Hindenburg.

Berlin, 16. Mai. Reichskanzler Hitler hat vor seiner morgigen außenpolitischen Rede, die auch im Rundfunk übertragen werden wird, dem Reichspräsidenten heute einen Vortrag über die politische Lage erstattet. Hindenburg hat dann auch den Botschafter Radolny zu einem Bericht über die Genfer Verhandlungen empfangen.

Sozialdemokraten erwägen Absenz.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die heute nachmittag zusammentrat, um über ihre Beteiligung an der Reichstagsfraktion zu beraten, konnte noch nicht zu einer Entscheidung kommen. Die Fraktion versammelt sich deshalb am Mittwoch früh noch einmal.

Von den vollständig versiegelten Fraktionsräumen ist anlässlich der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nur der Fraktionsführungsraum freigegeben worden.

Günstige Aufnahme in Genf.

Genf, 16. Mai. Die Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten Roosevelt wurde hier mit großem Interesse aufgenommen. Der Teil der Botschaft über das Verbot neuer Rüstungen löste schon mit Rücksicht auf die erwartete morgige Rede des Reichskanzlers Hitler im Reichstage Befriedigung beim Großteil der Delegationen aus.

Auch Schweden will nichts von Hitlerdeutschland wissen.

Berlin, 16. Mai. Der kürzlich nach Schweden entsandte Delegierte der nationalsozialistischen Partei Boghs, der die öffentliche Meinung Schwedens für das neue Regime in Deutschland gewinnen sollte, ist, ebenso wie es Rosenberg erging, nach Berlin zurückberufen worden.

Die neue Linie der KPČ:

Schützt den Faschismus, wo ihr ihn trifft!

Als vor kurzem der „Tag“ auf vier Wochen eingestellt wurde, wandte sich die kommunistische Presse mit einem Clan, den sie eben stets nur gegen die Sozialdemokratie, niemals gegen den Faschismus aufgebracht hat, gegen die Verfolgung der Nazipresse und gegen den Justizminister Dr. Weiskner. In folgerichtiger Fortsetzung dieser Politik bemüht sich die Presse der Spalter und „Einheitsfrondeure“ (so verdienen sie zu heißen, weil sie nicht für die Einheitsfront arbeiten, sondern gegen den Gedanken der Einheit unentwegt frondieren) den Ausfall des „Tag“ möglichst wettzumachen und die Aufgabe zu erfüllen, die er bis zu seiner Einstellung sich gesetzt hatte. Statt des Karg hat der Reimanu die hiesige Interessenvertretung des Hitlerfaschismus übernommen.

Dieser Tage hat Reimanu, dem, wie er nur den Fingern in die Nase steckt, gleich ein neuer Gedanke kommt, auseinandergesetzt, daß man mit dem „Schlagwort“: Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft! Schlagen müße. Das Schlagwort ist von den Kommunisten in die Welt, niemals aber in die Tat umgesetzt worden. Sie haben in Deutschland und bei uns auch in den Zeiten, da sie es im Sprech-Chor und in Balkenlettern hinausgeschrien, den Faschismus in Frieden gelassen und sich mit ganzer Kraft ihrer geschichtlichen Aufgabe, dem Kampf gegen Demokratie und Sozialismus gewidmet. Daß sie aber nunmehr auch in der Theorie von der Parole abrücken, ist ein Beweis mehr dafür, daß der Kommunismus die Zeichen der Zeit nicht versteht oder aber sie absichtlich mißverstehen, um der Arbeiterklasse der Tschechoslowakei daselbst Los zu bereiten wie der reichsdeutschen.

Getreu der neuen Parole, den Faschismus zu schonen, wo es nur möglich ist, die Sozialdemokratie zu schlagen, wo man sie trifft, beschäftigen sich die Kommunisten in ihrer Presse seit Tagen mit dem Kampf gegen die „tschechoslowakische Brünningsade“ wie sie es nennen. Dreispaltig zieht der „Vorwärts“ gegen die Rundfunkrede des Genossen Dörrer los:

Kapitalistische und tschechisch-nationale Gleichschaltung der Schule.

Dörrers Rede sei ein „Hohn auf das nationale Selbstbestimmungsrecht und eine Verhöhnung der deutschen Widerpart in diesem Staate“. Eine Spalte weiter fragen die Herren von der richtigen Linie:

Warum werden Nationalsozialisten verhaftet?

und endlich flüstert uns der Paul Reimanu, der seit Tagen im „Vorwärts“ über „Zudienendeutsche Kampfprobleme“ orakelt, seine neueste tiefstünigste Theorie zu:

„Die Kritik der sozialdemokratischen Politik ist besonders notwendig vom Standpunkt der gegenwärtigen politischen Entwicklung. Die sozialdemokratischen Führer organisieren jetzt eine große und verbrecherische Komödie mit der Lösung des „Schuhes der Demokratie“. Sie wollen, während sie die Politik der tschechischen Bourgeoisie durchsehen helfen, den Arbeitermassen einreden, daß es möglich sei, die Arbeiterklasse durch die Verteidigung der tschechoslowakischen Demokratie vor dem Faschismus zu retten, daß es aber bei dieser „Rettung“ notwendig sei, auch gegen die Kommunisten vorzugehen. Die Lösung des Schuhs der Demokratie ist ein großzügiger Massenbeitrag ...“

Dem gegenüber die SPČ sich die Aufgabe stellt:

„Wir müssen die Illusion zerbrechen, daß die faschisierte tschechische Demokratie besser sei, als die offene faschistische Diktatur ...“

Aenderungen der Gemeindevahlordnung

Innerhalb der Regierung wird gegenwärtig über eine Aenderung der Gemeindevahlordnung beraten. Die wichtigsten Aenderungen, die vorgenommen werden sollen, sind folgende:

Die Wahlperiode wird auf sechs Jahre verlängert. Dadurch wird nicht nur die Neuwahl der im September 1931 gewählten Gemeindevertretungen um zwei Jahre hinausgeschoben, sondern auch jene Gemeindevertretungen, deren Funktionsperiode in der Zwischenzeit abläuft, werden erst sechs Jahre nach ihrer Konstituierung neu gewählt. Es sollen also in der nächsten Zeit überhaupt keine Gemeindevahlen stattfinden.

Die Gemeindevorsteher (Bürgermeister) bedürfen der Bestätigung, die bei den Bezirkshauptstädten durch das Ministerium des Innern, bei den übrigen Gemeinden durch die Landesbehörde erfolgt. Wird die Bestätigung verweigert, so muß eine Neuwahl stattfinden und wenn dem neugewählten Vorsteher wiederum die Bestätigung verweigert wird, ernennt die Bezirksbehörde, bzw. bei Bezirkshauptstädten die Landesbehörde den Vorsteher. Kann die ordnungsgemäße Konstituierung der Gemeindevertretung auf diese Weise nicht erfolgen, so wird die Gemeindevertretung aufgelöst und bis zur Neuwahl eine Verwaltungskommission eingesetzt. In der Hauptstadt Prag und in den Städten mit eigenem Statut (in der Slowakei mit geordnetem Magistrat) bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

Das System der gebundenen Kandidatenlisten wird nach dem sogenannten belgischen System geändert. Das bedeutet, daß die einzelnen Wahlgruppen nach wie vor ihre Kandidatenlisten einreichen. Andere als in den Kandidatenlisten enthaltenen Personen können nicht gewählt werden, es darf auch niemand aus den Listen gestrichen werden, wohl aber kann der Wähler einen Kandidaten auf einer beliebigen Liste bezeichnen, er kann statt der ganzen Liste einen bestimmten Kandidaten wählen. Beim Strammieren werden so bezeichnete Stimmzettel zunächst der Partei zugesandt, auf welche die Liste lautet. Die Stimmzahl, welche auf einzelne Kandidaten entfallen ist, aber besonders ermittelt und wenn ein solcher Kandidat eine Stimmzahl erlangt hat, die für ein Mandat hinreicht, gilt er als gewählt. Die so gewählten Kandidaten werden auf die den betreffenden Wahlgruppen zuerkannten Mandate angerechnet und jene Kandidaten, die sonst an den letzten Stellen der Liste gewählt worden wären, fallen aus. Wenn also eine Partei sechs Mandate erhalten hat und zwei Kandidaten, die an späterer als sechster Stelle auf der Kandidatenliste standen, durch das beschriebene System der Vorzugsstimmen ein Mandat erlangt haben, so gelten die an erster bis vierter Stelle der Liste stehenden Kandidaten und die beiden Kandidaten, welche eine genügende Zahl von Vorzugsstimmen erreicht haben, als gewählt, die an fünfter und sechster Stelle der Liste stehenden Kandidaten fallen aus.

Durch dieses System wird also die verhältnismäßige Vertretung der Parteien nicht berührt. Ebenso ist es nicht möglich, die Kandidatenlisten zu „lösen“, das heißt die an der Spitze der Liste stehenden Kandidaten durch die Abgabe von Vorzugsstimmen für weiter rückwärts stehende Kandidaten zu verdrängen, es können vielmehr nur die letzten an wählbaren Stelle stehenden Kandidaten verdrängt werden. Beim Listenführer ist die Verdrängung durch andere Kandidaten ausdrücklich ausgeschlossen. Erlangt also eine Partei in einer Gemeinde nur ein Mandat, so erhält es immer der Listenführer, ohne Rücksicht auf etwa abgegebene Vorzugsstimmen.

Die Bestimmung, daß in Gemeinden unter 700 Einwohnern nach dem System der absoluten Mehrheit gewählt und nur auf besonderes Verlangen die Wahl nach dem System der verhältnismäßigen Vertretung durchgeführt wird, soll beibehalten werden, so daß die Wahl nach dem Proportionalwahlssystem nun allgemein geregelt werden soll.

Dem Wettlauf um die Liste 1 soll ein Ende bereitet werden, indem die Bezifferung der Kandidaten in Einkunft durch Los festgelegt wird.

Die Verhandlungen über diese Aenderungen sind noch im Gange, so daß die endgültige Fassung der Regierungsvorlage noch nicht feststeht. Wir kommen daher auf die Vorlage zurück, sobald ihre Legierung bekannt sein wird.

Der Brüner Faschistenprozeß.

Brünn, 16. Mai. Die Aussagen der im Faschistenprozeß heute einvernommenen Wachleute ergaben übereinstimmend, daß die Polizei von den Faschisten mit Schüssen empfangen wurde. Einzelne der Angeklagten, welche mit Waffen angetroffen wurden, wurden heute von den Zeugen mit Bestimmtheit erkannt. So bezeichnete der Kommissar Kodras den Angeklagten Sutil als einen der Faschisten, die mit Revolvern bewaffnet waren. Der Angeklagte Knapp gibt bei der Konfrontierung zu, gesagt zu haben, daß alle Faschisten geschossen hätten.

Endlich werden vier Zeugen einvernommen, die mit den übrigen Faschisten nach Brünn aufgebracht waren, weil sie glaubten, es gehe gegen die Kommunisten, dann aber nach der Rede des Ministers in der Schlacht erkannten, daß es sich um ein gefährliches Unternehmen handele, und sich nach rechtzeitig auf dem Weg zur Kaserne, bzw. vor der Kaserne selbst verdrückten. Gegen sie steht eine Anklage wegen Verbrechens nach § 2 des Schutzgesetzes.

Deutschlands Pleite offenkundig.

Magendrücken vor der Berliner Gläubigerkonferenz

Berlin, 16. Mai. Durch die vom Reichsbankpräsidenten angekündigte Einberufung der Konferenz der privaten Auslandsgläubiger nach Berlin wird die Pleite Deutschlands offenkundig. Die langfristigen deutschen Auslandsschulden — rund acht Milliarden Mark — erfordern einen Zinsen- und Tilgungsdienst von einer Milliarde Mark jährlich in fremden Wäluen, die früher aus den deutschen Exportüberschüssen gedeckt wurden. Im ersten Quartal 1933 ist der Exportüberschuß aber auf nur 110 Millionen Mark gesunken, reicht also auch nicht annähernd aus. Die gesamten Gold- und Devisenreserven der Reichsbank betragen auch nur mehr 500 Millionen Mark (gegenüber 2500 Millionen vor zwei Jahren), könnten also den Zinsendienst höchstens für wenige Monate sicherstellen. Dadurch würde aber die Mark jedweden inneren Wertes beraubt.

Die Stillierung des Zinsendienstes an das Ausland würde mit entsprechenden Repressalien beantwortet werden, so daß nur der Weg eines Transfer-Moratoriums im Einverständnis mit den Auslandsgläubigern übrig bleibt.

Infolge der politischen Lage in Deutschland und des Widerhaltes, den die deutschen Ereignisse im Auslande hervorgerufen

haben, wird die Transfer-Konferenz in Berlin unter für Deutschland sehr ungünstigen Umständen zusammentreten. Es ist zu erwarten, daß die Auslandsgläubiger die gebotene Gelegenheit nicht nur zu nachschlagen finanziellen Charakters benützen, sondern auch Wünsche politischen Charakters aussprechen werden.

Die Konferenz dürfte also für viele unbefriedigende Optimisten, die glauben, daß Deutschland jetzt erst recht seinen Wünschen nachdrucken und sogar die Kolonien zurückfordern könne, eine böse Enttäuschung werden, zumal auch die Hoffnungen, daß man Deutschland wohl oder übel neue Exportmöglichkeiten werde zugestehen müssen, nur sehr gering sind.

Audere sehr nüchtern denkende Kreise, u. a. auch Reichsbankpräsident Dr. Schacht, geben sich keinen Illusionen hin und hoffen lediglich, daß es auf der Transfer-Konferenz wenigstens gelingen wird, irgend einen Ausweg zu finden, der die ohnehin schon schlechten Aussichten der deutschen Ausfuhr nicht weiter verschlechtern und das weitere Schicksal der Reichsmark nicht gefährden würde.

Das Ende vom Lied:

Der bayrische Justizminister aus Oesterreich abgeschafft...

Wien, 16. Mai. Die unwillkommene Reise des bayrischen Justizministers Dr. Frank hat ihren sensationellen Abschluß dadurch gefunden, daß Dr. Frank von der österreichischen Regierung wegen einer in Graz gehaltenen Rede, die von schweren Angriffen und Drohungen gegen die österreichische Bundesregierung erfüllt war, des Landes verwiesen wurde.

Der Ausweisungsbefehl konnte Frank nicht mehr in Graz zugestellt werden, weil er inzwischen bereits die Heimreise im Kraftwagen angetreten hatte. Als nächstes Reiseziel hatte er die Stadt Salzburg angeführt, wo er Montag um 7 Uhr abends auch tatsächlich eintraf. Dort wurde ihm der Ausweisungsbefehl überreicht, worauf er erwiderte, er werde zuerst vor allem eine Pause einnehmen und dann abreisen. Um halb 8 Uhr abends trat dann Dr. Frank die Weiterreise von Salzburg an die bayrische Grenze an.

Diplomatische Schritte von beiden Seiten.

Schon vorher in Wien hatte Dr. Frank bei einer Pressekonferenz in der deutschen Botschaft ausländischen Journalisten gegenüber erklärt, daß seine unfreundliche Behandlung beim Empfang in Alpern ein diplomatisches Nachspiel haben werde. In Graz drohte er namentlich, es werde kein reichsdeutscher Sommergast eine österreichische Sommerreise besuchen dürfen, solange nicht die österreichische Regierung entsprechende Genugtuung gegeben habe.

Auch der deutsche Gesandte in Wien hat gestern beim Bundeskanzler diesbezüglich interveniert. Der Bundeskanzler erwiderte, er werde zu diesem Schritt Stellung nehmen, wenn die Angelegenheit der Rundfunkrede Dr. Franks (in der er gedroht hatte, daß die deutschen Nationalsozialisten zum Schutze der österreichischen Nationalsozialisten Ordnung schaffen würden, falls die Regierung Döllfuß sie weiter verfolgen

würde), dem wiederholt gestellten Ersuchen gemäß aufgeklärt sei.

Der deutsche Gesandte wurde heute zur Berichterstattung nach Berlin berufen.

Umgekehrt protestierte wieder der neue österreichische Gesandte in Berlin Tauschig beim Reichsaußenminister Neurath ausdrücklich gegen die Verleumdungen, die Frank in seiner Graz Rede gegen die Regierung Döllfuß ausgesprochen habe.

Schärfere Maßnahmen gegen die Nazis?

Die heutige amtliche Wiener Zeitung veröffentlicht eine neue Erklärung des Sicherheitsministers Dr. Fey, daß die Regierung aus den gemeldeten Ueberfällen der Nationalsozialisten auf die mit Heimwehren besetzten Eisenbahnzüge nach erfolgter Untersuchung gewisse Konsequenzen ziehen werde. Er werde gegebenenfalls auch vor den schärfsten Mitteln nicht zurückschrecken.

Wie die Abendblätter melden, dürfte in Kürze auch der nationalsozialistische Landesinspektor Dr. Theodor Sabicht, Mitglied des deutschen Reichstages, aus Oesterreich ausgewiesen werden. Die Ursache für diese Maßnahme sollen Vorträge Sabichts in Wien und in Graz sein, in welchen er scharf gegen die österreichische Regierung auftrat.

Harakiri der Großdeutschen.

Wien, 15. Mai. Wie die parlamentarische Korrespondenz meldet, haben die NSDAP Oesterreichs und die Großdeutsche Volkspartei ein Abkommen getroffen, wonach sich die Großdeutsche Volkspartei „unter Wahrung ihrer Selbständigkeit“ der von der NSDAP mit dem feirischen Heimatschutz abgeschlossenen Kampfgemeinschaft anschließen. Es wurde ein gemeinsamer Aufruf erlassen, der sich für den Gedanken des Zusammenschlusses Oesterreichs mit dem Deutschen Reiche ausspricht.

Die Kommunisten für Hitler-Deutschland

(D. G.) Der Abschluß des neuen Freundschaftspaktes Sowjet-Rußlands mit Hitler-Deutschland ist für die unter der faschistischen Diktatur leidenden deutschen Proletarier zweifellos ein schwerer Schlag. Diese Haltung Sowjet-Rußlands färbt politisch auch auf die kommunistischen Parteien in den anderen Ländern ab und wirkt hemmend auf den notwendigen internationalen Kampf des Proletariats gegen das faschistische Deutschland. Ein Beweis dafür ist das Verhalten der holländischen Kommunistischen Partei.

Die NSP Hollands hat der holländischen KP vorgeschlagen, gemeinsame Einheitsaktionen durchzuführen. Der Versuch ist gescheitert. Die NSP berichtet darüber: „Gestern, am 17. April hatten wir eine Konferenz mit Vertretern der KP Hollands, mit der Absicht, einen Versuch zu machen, am 1. Mai gemeinsame Aktionen durchzuführen und gemeinsam gegen den Faschismus zu kämpfen. Der erste Versuch ist jedoch gescheitert. Die KP Hollands verlangte, daß ihre sogenannten „neutralen“ Komitees, Arbeitslosen-Komitees, Gewerkschaftsopposition usw. auf der gleichen Grundlage in die Vertragsbedingungen einbezogen werden sollten. Wir lehnten das ab.“

Die KP verlangte außerdem, das wir unsere Aktion für einen internationalen Arbeiterboykott gegen Hitler-Deutschland unterbrechen sollten.

An alle Parteigenossen und Genossinnen!

Wir werben im Mai für unsere Parteipresse! Jeder muß sich in den Dienst der guten Sache stellen! Wenn alle mit-helfen, müßten wir die Zahl unserer Leser verdoppeln! Darum muß das Streben eines jeden dahingehen, die bürgerliche Presse, welche die Verbündete des grauenhaften Fascismus ist, aus den Wohnungen der arbeitenden Menschen zu entfernen und alle als Abnehmer der Arbeiter-presse zu gewinnen!

Sehe gegen die Arbeitsanleihe!

Das „Grazliher Volksblatt“ nennt die Bestrebungen für einen günstigen Erfolg der Anleihe Spigel- und Bütteldienste!

Es war bekannt geworden, daß das Ergebnis der Zeichnung der Arbeitsanleihe in Grazly ein sehr unbefriedigendes ist; lediglich die Städtische Sparkasse hat einen größeren Betrag gezeichnet. Nachdem die Arbeitsanleihe zur Milderung der Wirtschaftskrise Verwendung findet, ist es Pflicht aller, die sich ehrlich um Arbeitsbeschaffung bemühen und den Arbeitslosen helfen wollen, einen guten Erfolg der Anleihe nicht nur zu wünschen, sondern auch in diesem Sinne zu wirken. Aus diesem Grunde haben die Sozialdemokraten in der letzten Sitzung der Stadtvertretung beantragt, daß die Stadtgemeinde 30.000 Ks Anleihe zeichne und daß außerdem ein Aufruf an die Bevölkerung hinausgehe, sich nach besten Kräften an der Zeichnung der Anleihe zu beteiligen. Die Sozialdemokraten wollten als Unterlage für ihren Antrag wissen, wie hoch das bisherige Ergebnis bei den hiesigen Geldanstalten sei und hatten sich zu dem Zwecke an diese Anstalten gewendet. Diese Erkundigungen wurden dem „Grazliher Volksblatt“ zur Kenntnis gebracht und das Blatt fragt in seiner Donnerstagsnummer, „ob zu solchen Spigeldiensten vielleicht ein höherer Auftrag vorliegt“ und meint, es ist traurig, wenn sich jemand zu solchen Bütteldiensten hergibt. Also „Spigeldienste“ und „Bütteldienste“ nennt dieses feine Blatt die Bemühungen für einen besseren Erfolg der Arbeitsanleihe. (Dabei hat die Stadt Grazly selbst um ein Darlehen von 200.000 Ks aus der Anleihe angefragt!) Bemerkt sei hiezu noch, daß bei den betreffenden Erkundigungen keine Einzelzeichnungsergebnisse gewünscht wurden, sondern nur das Gesamtergebnis.

Die Allgemeine Pensionsanstalt in Prag veröffentlicht einen Ausweis über den Vermögensstand und die Kapitalanlage zum 31. März 1933 (in Klammern zum 31. Dezember 1932). Wir entnehmen daraus folgende Zahlen (in Tausenden Ks): Kassabarische 638 (2915), Einlagen bei Geldinstituten 168.589 (207.174), Einlagen bei der Postsparkasse 19.168 (22.016), staatliche Wertpapiere 751.180 (748.112), sonstige Wertpapiere 571.522 (559.718), Lombarddarlehen 3118 (2879), Hypothekdarlehen 350.446 (340.226), Hypothekdarlehen an Genossenschaften nach dem Bauförderungsgesetz 647.616 (628.154), Hypothekdarlehen an Bezirke und Gemeinden nach dem Bauförderungsgesetz 73.647 (71.708), Darlehen an Staat und Länder 335.249 (291.178), Darlehen an Bezirke und Gemeinden 689.308 (682.981), Restitutionsdarlehen 10.312 (10.312), Immobilien 69.592 (63.762). Insgesamt betrug also das reine Vermögen der Pensionsanstalt, das zur Deckung der Rentenanprüche der versicherten Angestellten bestimmt ist, 3.690.385.000 Ks, was gegenüber dem Stand vom 31. Dezember des Vorjahres einen Zuwachs von 59.250.000 Ks bedeutet.

Blum und Auriol

wieder an der Spitze der Kommerfraktion.

Paris, 16. Mai. Die sozialistische Kommerfraktion hat heute mit 64 gegen 6 Stimmen Leon Blum als Vorsitzenden und Vincent Auriol als Generalsekretär wiedergewählt, die ihre Ämter im Februar d. J. niedergelegt hatten. Die Anhänger Renaudels haben gegen eine Wiederwahl Blums und Auriols gestimmt.

PRAGER ZEITUNG.

An die freiheitlich gefinnete Öffentlichkeit der Tschechoslowakei!

Die Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland bedeutet das Ende der Freiheit deutscher Wissenschaft. Es scheint, daß sich die neuen Machthaber Deutschlands durch die freie Betätigung der Geister bedroht fühlen müssen.

Die sozialistischen Akademiker an den deutschen Hochschulen der Tschechoslowakischen Republik wenden sich daher an die freiheitlich gefinnete Öffentlichkeit dieses Staates, im wohlverstandenen Interesse der Demokratie und damit der Förderung der kulturellen Lebensmöglichkeiten jedes Einzelnen ihrem Appell nach Berufung zurückzuführen der Tschechoslowakei den größtmöglichen Widerhall zu sichern und dahin zu wirken, daß die tschechoslowakische Demokratie sich an den Grenzen der deutschen Barbarei ihrer hohen Kulturmission bewußt wird.

Flüchtlingsebene.

Kommt man in eine der Prager Hilfswerkstätten für reichsdeutsche Flüchtlinge, so erfährt man schon im Vorzimmer von den wartenden erschütternde Beweise jener Bestialität, die heute über 63 Millionen Menschen schrankenlos herrscht.

Aus der Fülle dieser Tragödien sei heute nur eine einzige erzählt. Sie betrifft einen braven Genossen und Reichsbannermann aus Breunisch-Schlesien, der Kaufmann von Beruf ist.

Als die Mörderbanden von Hindenburg die Regierungsmacht übertragen bekommen hatten, gehörte der erwähnte Genosse zu den ersten Verhafteten. Obgleich er schon gerichtlich für den Abwehrkampf gegen die Faschisten bestraft war, rächten sie sich jetzt nochmals an ihm.

Die Zahlung der Wohlfahrtsunterstützung für seine Familie ist eingestellt worden - er soll sich das Geld abholen!

Dieser Exzeption brauchte er nur zu folgen, um wieder sadistischen Peinigern ausgeliefert zu sein.

Eine schöne künstlerisch-gesellige Veranstaltung vereinte am Samstag viele Prager Genossinnen und Genossen und - als willkommene Gäste - eine Anzahl Genossen, die aus dem Hinterland flüchten mußten. Die jüngste unserer deutschen Arbeiterorganisationen auf Prager Boden, die Volkssingergemeinde, hatte zu einem Unterhaltungsabend ins 'Odhorovy dum' eingeladen.

ein so schönes, gerade durch seine Einfachheit erfreuendes Programm, das dieser Abend bot, daß alle Besucher in frohe Stimmung kamen, in allen sich der Wunsch regte, bald wieder aus gleichem Anlaß zusammenkommen zu können.

Vier umsonst! Keine amerikanische Reklame, sondern ein Akt der 'Menschenfreundlichkeit' der neuen Gastwirtschaft auf der Schöneninsel.

Nähr- und Pflanzungsmittel für stillende Mütter, Säugling, Kleinkinder fehlen nun bei der Mutterberatungsstelle der Deutschen Hauptstelle für Kinderschutz und Jugendfürsorge völlig, und sind, besonders in den sich immer mehr und mehr häufenden verzeitelten Fällen vor allem nötig.

Das Gerichtssaal. Das Dienstmädchen bestohlen. Die Dienstgeberin unter Auflage. Prag, 16. Mai. Es kommt öfter vor, daß Hausangestellte des Diebstahls bezichtigt werden - und wie man weiß, häufig genug mit Unrecht.

Gerichtssaal

Das Dienstmädchen bestohlen.

Die Dienstgeberin unter Auflage.

Prag, 16. Mai. Es kommt öfter vor, daß Hausangestellte des Diebstahls bezichtigt werden - und wie man weiß, häufig genug mit Unrecht.

Die Angeklagte leugnete jede Schuld und erklärte, sowohl den Brief als auch die Postanweisung auf dem Fußboden aufgefunden und vorjohlicherweise 'in Verwahrung' genommen zu haben.

Pietät.

Ein Austritt auf dem Friedhof.

Prag, 16. Mai. Auch die sanfte Ruhe der Verstorbenen auf den diversen Gottesäckern währet nicht ewiglich, sondern nur so lange, als die Grabmiete von den Hinterbliebenen bezahlt wird.

solche Behandlung oft recht schwer, besonders, wenn diese Hinterbliebenen durch eigene Notlage verhindert sind, die sonst so gern geleistete Zahlung zu erfüllen.

In der erwähnten Art hatte man auch die sterblichen Ueberreste der Eltern des Arbeiters Franz Cechal in Vinohr delagiert. An Stelle des alten Grabes wurde eine neue 'ewige Ruhestätte' eingerichtet auf den Namen einer Familie Kuba.

Das wollten sich wiederum die Hinterbliebenen des verstorbenen Kuba nicht gefallen lassen und warfen die Blumenpenden des Cechal auf den Abfallhaufen.

Gestern fand die XI. ordentliche Generalversammlung der Julius Reiml A.G. statt, in welcher so wie im Vorjahre die Ausschüttung einer 10prozentigen Dividende für das Geschäftsjahr 1932 beschlossene wurde.

Mitteilung aus dem Publikum.

Gestern fand die XI. ordentliche Generalversammlung der Julius Reiml A.G. statt, in welcher so wie im Vorjahre die Ausschüttung einer 10prozentigen Dividende für das Geschäftsjahr 1932 beschlossene wurde.

Kunst und Wissen

Donnerstag: Aufführung 'Verlobung im Traum.' Oper von Hans Krása, Text nach einer Novelle von Dostojewski von K. Fuchs und A. Thomas.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch, 17 Uhr: 'Die Meisterfänger von Ruzberg' (A. A.), Gastsp. Maria Müller.

Wochenplan der Kleinen Bühne. Mittwoch, 8 Uhr: 'Madame hat Ausgang' (Bankbeamten II).

Aus der Partei

Jugendbewegung. Freie Vereinigung (J. A.) - 23. II. Aktuelle Probleme des Sozialismus: 'Unser Kampf gegen den Faschismus.'

Sport • Spiel • Körperpflege

Internationaler Arbeiter-Angewandter Kampf. Am Samstag fand in Wien ein Klubkampf zwischen W. E. Budapest und Gastwerk Josefstadt statt.

Wiener Arbeitersportklub. Die am Sonntag durchgeführten Liga-Meisterhaftspiele brachten vier Unentschieden und zwei knappe Siege.

Cup-Vorführung des Wiener Arbeiter-Sportverbandes. E-Werk schlug den Favoriten AC Sacher mit 7:3 (4:1) und Zentralverein siegte über G-Werk Simmering mit 7:6 (4:1).

Frauen gewann überraschend Red Star über Uran mit 5:1 (3:0). Die Frauenriege von Westbahn sieht - durch Los - als zweiter Finalist fest.

Bürgerlicher Sport. Schachmeister Flohr hat auf seiner Werbefahrt zur Ermöglichung der Beschickung der Schacholympiade durch die Tschechoslowakei in vierzehn Vorstellungen 545 Partien gespielt.

Der Film

Der letzte Film von Fedor Dzej ist nicht nur inhaltlich, sondern wohl vor allem formal ein bedeutendes Kunstwerk. Es wird hier gezeigt, was ein kleines, vornehmes Mädel in Paris erlebt, wenn es einmal aus einem der vornehmen Pensionate durchgeht.

Ein Mädel für Dich. 'Ach könnte ich zu Ihnen sagen: ich liebe Dich', das ist so ziemlich an diesem deutschen Film das Bezeichnendste.

Filme in Prager Lichtspielhäusern bis einschließlich Donnerstag, den 18. Mai. Uran-Urania: 'Das Liebesquartett.'

- Urania: 'Das Liebesquartett.' - Urania: 'Memoiren aus dem Totenhaus.' - Urania: 'Brennendes Geheimnis' - Urania: 'Die Tochter des Regiments.' - Urania: 'Der Adjutant seiner Heerde.' - Urania: 'Fünf von der Jazzband.' - Urania: 'Fremdlichter von Paris.' - Urania: 'Memoiren aus dem Totenhaus.' - Urania: 'Das Abenteuer einer schönen Frau.' - Urania: 'Aktual, Report., Groteske.' - Urania: 'Kavaliere im Sattel.' - Urania: 'Mensch ohne Namen.' - Urania: 'Lucerna: 'Mensch ohne Namen.' - Urania: 'Mensch ohne Namen.'